

Das schwierige Verhältnis zwischen Polen und Belarus – Eine polnische Sicht

Henryk Martyniak

1. Persönliche Erinnerungen

Im Mai 1993 habe ich Belarus zum ersten Mal länger besucht, um ein polnisch-belarussisches Joint Venture zu starten. Zunächst handelte es sich um die Vertretung einer Warschauer Firma, die sich mit dem Verkauf von italienischen Büromöbeln beschäftigte. In meiner Eigenschaft als Journalist hatte ich auch vor, für „Polityka“, das einflussreichste Wochenblatt Polens, zu arbeiten. Dazu kam es allerdings zumindest offiziell nicht, da mir die belarussischen Behörden die Akkreditierung als Korrespondent verweigerten: Es hieß, dass ein Ausländer nach belarussischem Recht entweder Manager oder Journalist sein könne, nicht aber beides zugleich. Dennoch habe ich viele Berichte aus Minsk angefertigt – eigentlich illegal, aber anders ging es eben nicht.

Die Entwicklung der Ereignisse in Belarus ist schon seit geraumer Zeit Gegenstand von lebhaftem Interesse in Polen. Das ist nicht verwunderlich, ist Belarus doch für Polen sehr wichtig. Mein vorliegender Bericht ist nicht in erster Linie der Entwicklung der inneren Situation von Belarus seit 1994 gewidmet. Hier soll es v.a. um jene Prozesse gehen, welche die polnisch-belarussischen Beziehungen entscheidend beeinflusst haben und noch beeinflussen. Derzeit steht es nicht gut um sie, und eine Verbesserung zeichnet sich nicht ab. Als Basis für die folgenden Überlegungen nehme ich meine langjährige Erfahrung, Gespräche mit polnischen Bekannten, die von Zeit zu Zeit nach Belarus reisen, Meinungen belarussischer Bekannter wie auch polnische Veröffentlichungen (darunter v.a. der Stefan-Batory-Stiftung in Warschau).

In den Jahren 1991-1994 herrschte in Belarus Aufbruchstimmung. Staatsoberhaupt war der Vorsitzende des Obersten Sowjets (= Einkam-

mernparlament), Stanislaw Schuschkewitsch – ein bedeutender Physiker und Intellektueller, der Polen und Litauen freundlich gesinnt war und gut Polnisch spricht. Es herrschte die Meinung vor, dass Belarus Litauen auf seinem „Weg nach Westen“ folgen wird oder sogar hinter sich lassen könnte. Ein guter Bekannter, ein polnischer Bürger belarussischer Herkunft, versuchte sogar, mich davon zu überzeugen, dass Belarus wirtschaftlich bald Dänemark überholen werde. Das klang zwar sehr unwahrscheinlich, doch wollte ich mit ihm nicht streiten. Im Fernsehen wurde Belarussisch gesprochen, und die Presse erlebte einen Aufschwung. Nach dem Sieg von Alexander Lukaschenka bei den Präsidentenwahlen 1994 endete diese Zeit des Enthusiasmus und Glaubens vieler Belarussen an eine gute Zukunft.

Lukaschenka hatte in seinem Wahlkampf 1994 sehr geschickt mit der Parole der Korruptionsbekämpfung operiert. Das war ihm auch insofern leicht gefallen, als er gerade als Vorsitzender des Antikorruptionsausschusses des Obersten Sowjets fungierte. Allerdings begann im Obersten Sowjet schon drei Monate nach Lukaschenkas Amtsantritt als erster Präsident von Belarus eine Debatte gerade um die Korruption. Ihm wurde vorgeworfen, dass sie ein sogar noch größeres Ausmaß angenommen habe als unter dem früheren Premierminister Wjatschaslau Kebitsch, der bei den Präsidentenwahlen Lukaschenkas Hauptkonkurrent gewesen war. Und Lukaschenka brach einfach in Tränen aus. Ich sah das mit eigenen Augen, da das belarussische Fernsehen zu dieser Zeit noch einigermaßen frei war und die Parlamentssitzung zur Gänze übertrug. Die Folgen der Kritik an Lukaschenka ließen allerdings nicht lange auf sich warten: Im April 1995 ließ er oppositionelle Abgeordnete im Parlamentsgebäude verprügeln. Der Anführer der Belarussischen Volksfront, Zjanon Paznjak, floh zuerst nach Polen und dann in die USA. Das war der Beginn von Lukaschenkas Diktatur, und die offiziellen Beziehungen zwischen Polen und Belarus verschlechterten sich in der Folge immer mehr. Eine andere Folge von Lukaschenkas Regierungsstil – und konkret seiner Wirtschaftspolitik – war zunehmender Druck auf ausländische Firmen: Meine Firma hielt sich zwar relativ lange, musste aber 2003 die Zahlungsunfähigkeit erklären.

In Polen kursiert hartnäckig ein negatives Vorurteil – nämlich dass unser Land ein „zweites Belarus“ wird, „wenn wir nichts tun“. Tatsächlich ist die Lage komplexer. In Polen ist vielen Menschen nicht bewusst, dass die Belarussen von allen Bürgern der postsowjetischen Republiken am besten ausgebildet sind. Wissens- und Leistungskapital ist somit offenkundig vorhanden. Vor gar nicht so langer Zeit verfügte die belarussische Industrie über die modernste Technologie auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. Für Polen sind die Belarussen heute jene, die massenweise an die Grenze kommen, um Handel zu treiben. Viele meinungsbildende Kreise in Polen kennen Belarus nur oberflächlich und einseitig. Je länger aber Polen zur EU gehört, desto mehr sollten wir über Belarus wissen. Es ist für Polen (und die EU überhaupt) ein bedeutender Nachbar. Die Polen sollten daraus Schlussfolgerungen ziehen und mit diesem Land eine Zusammenarbeit anstreben.

Es ist zu betonen, dass die Belarussen vergleichsweise besser auf Reformen vorbereitet wären als es die Polen in der zweiten Hälfte der 80er Jahre waren. Die Belarussen sind in vielen Fragen besser orientiert und zeigen eine pragmatischere Haltung. Es scheint positiv zu sein, dass sich die belarussischen Politiker und Experten der enormen Kosten sozialer Reformen bewusst sind. Folgende Fragen, die in Polen große Emotionen hervorrufen, verdienen besondere Beachtung: Welches Kapitalismusmodell soll man wählen und welches Verhältnis zwischen inländischen und internationalen Investitionen ist wünschenswert? Und welche Stellung sollen künftig große staatliche Firmen haben, welche die Dynamik der Wirtschaft (und insbesondere den Export) maßgeblich bestimmen? Es ist allgemein bekannt, dass politische Interessengruppen, die sich mit diesen Großfirmen identifizieren, Reformen möglich machen oder auch stoppen können.

Die ökonomischen Probleme in Belarus ähneln in der Tat jenen, die Polen vor einigen Jahren hatte, doch scheinen sie aus polnischer Perspektive größer zu sein. In Belarus sind im Grunde interessante Zweige wie z.B. Maschinen- und Elektroindustrie vorhanden, doch entwickeln sie sich kaum noch: Wegen unzureichender Investitionen in Erneuerungen verringerte sich die Basis an Produktionsmitteln. Viele ausgebildete belarussische Bürger finden keine geeigneten Arbeitsplätze. Und es gibt

insofern ein Geldproblem, als bei wichtigeren Devisengeschäften Währungen von Drittländern im Spiel sind, was im Grunde bedeutet, dass in der Wirtschaft ein „Doppelwährungssystem“ herrscht. Die Frage der Privatisierung ist offen; am Anfang der neunziger Jahre hatte sie zaghaft begonnen, doch stoppte sie Lukaschenka dann aus politischen Gründen.

Ein Belarus „nach Lukaschenka“ könnte einen EU-Beitritt anstreben, und es würde dann die Beziehungen mit seinen Nachbarn (und v.a. mit Russland) unter anderen Bedingungen wiederherstellen und gestalten. Dafür ist aber eine geeignete politische Atmosphäre erforderlich, die derzeit fehlt.

2. Konflikte im Umfeld der polnischen Minderheit in Belarus

Die meisten Angaben über die Zahl der ethnischen Polen und Bürger polnischer Abstammung in Belarus liegen zwischen 150.000 und 500.000. Nach Schätzung der katholischen Kirche in Belarus gibt es sogar 1 Mio. Polen, was etwa 10% der Bevölkerung entspräche. Diese Diskrepanzen sind u.a. politisch motiviert: die belarussischen Behörden versuchen die Zahl der Polen möglichst niedrig anzusetzen, polnische Quellen möglichst hoch.

Das Hauptzentrum der belarussischen Polen sind Stadt und Gebiet Hrodna (Polnisch Grodno), das sowohl an Polen wie auch an Litauen grenzt. Weit weniger Menschen polnischer Herkunft leben in Brest (wo sich ein Grenzübergang zu Polen befindet), Pinsk (nahe der Grenze zur Ukraine) und in Wizebsk (im Nordosten Belarus', bereits recht nahe an der Grenze zu Russland). Die polnische Minderheit in Belarus verfügt über fünf so genannte „polnische Häuser“, die mit Geldern der polnischen Regierung aufgebaut wurden, darunter das besonders schöne Haus in Hrodna. Die Organisation der polnischen Minderheit in Belarus, der „Bund der Polen“, gibt das recht gute Wochenblatt „Głos Znad Niemna“ („Stimme von der Memel“) heraus.

Die Ursprünge der polnischen Siedlung auf dem heutigen Territorium von Belarus gehen in die Zeit des Großfürstentums Litauen zurück. Manche Historiker sind der Meinung, dass der sowjetische Diktator Josef Stalin Polen großes Leid zugefügt hat, indem er das über Jahrhunderte zu Polen gehörende Hrodna auf der Grundlage seines Paktes mit Hitlerdeutschland 1939 an die Belarussische Sowjetrepublik angliederte. Hrodna war eine über lange Zeit hinweg polnisch geprägte Stadt und ein Mittelpunkt der polnischen Geschichte und Kultur. Von hier stammt z.B. die bedeutende polnische Schriftstellerin Eliza Orzeszkowa (1842-1910).

Separate polnische Schulen gibt es im heutigen Belarus nicht; es bestehen lediglich polnische Klassen in Schulen, in denen meist auf Russisch unterrichtet wird. Ein Schlaglicht auf die drastischen Änderungen in der Sprach- und Schulpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg werfen die Erinnerungen von Barbara Fustoczenko:

„Unsere polnische Schule gab es am 1. September 1948 nicht mehr. ... Wir sind ganz einfach in eine andere Schule gekommen. Später habe ich erfahren, dass ein Teil der Lehrer verhaftet wurde. Ein Teil – jener, der auf Russisch unterrichten konnte – ist in dieser Schule geblieben. Polnisch lehrte aber niemand mehr. ... Neue Regierung, neue Ordnung. ... Man konnte nicht einmal laut Polnisch sprechen, wir wurden die ganze Zeit schikaniert“¹

Trotzdem kam es über Jahrzehnte hinweg zu keinen ernsthaften Konflikten zwischen den ethnischen Polen in Belarus und den Behörden oder anderen Nationalitäten.

Das änderte sich erst unter Lukaschenka – und insbesondere im Gefolge der Orangen Revolution in der Ukraine Ende 2004, die Viktor Juschtschenko ins Amt des Präsidenten brachte, womit der von Moskau und Minsk unterstützte Kandidat Viktor Janukowitsch nicht zum Zug kam. In Minsk kursierten sofort Verschwörungstheorien, die sich auch und gerade auf Polen bezogen: So hieß es, dass Juschtschenko ohne polnischen „Einsatz“ nicht Präsident hätte werden können, und überhaupt wolle Warschau auch Lukaschenka stürzen.

¹ Interview des Verfassers mit Fustoczenko, Direktorin der „Universität des Dritten Lebensalters“ in Hrodna, 2. Februar 2000.

Der kompromissbereite Tadeusz Gawin wurde Anfang 2005 im Amt des Vorsitzenden des Verbandes der Polen in Belarus nicht wiedergewählt. An seine Stelle trat die junge und resolutere Angelika Borys, der aber die Behörden in Minsk die Anerkennung versagten. Borys sah sich sofort Schikanen ausgesetzt: Ihr Büro wurde ständig durchsucht, und sie sah sich innerhalb weniger Wochen zu Dutzenden Verhören vorgeladen. Zudem versuchten die belarussischen Behörden, die „polnischen Häuser“ zu enteignen. Schließlich erklärten die Behörden Borys für abgesetzt und machten den ihnen genehmen Tadeusz Kruczkowski zum neuen Vorsitzenden des Verbandes. Derzeit sind in Belarus zwei Verbände der Polen tätig, die sich gegenseitig nicht anerkennen.

Insgesamt steht es um die polnisch-belarussischen Beziehungen derzeit so schlecht wie noch nie in der Nachkriegszeit. In Polen wird das autoritäre Regime Lukaschenkas allgemein abgelehnt. Das offizielle Minsk stößt sich daran, dass aus der polnischen Stadt Białystok die Radiostation „Racija“ nach Belarus sendet und belarussische Oppositionelle im polnischen Exil leben. 2006 gewährte Polen 300 belarussischen Studenten, die wegen der Teilnahme an Demonstrationen während der umstrittenen belarussischen Präsidentenwahl von Hochschulen und Universitäten verwiesen worden waren, Stipendien für die Fortsetzung ihrer Studien in Polen. Auch das erregte beim offiziellen Minsk Unwillen. Es ist bekannt, dass die meisten nach ihrem Abschluss in Polen bleiben wollen, was aber praktisch nur durch Heirat möglich ist. Ein weiteres Schlaglicht auf die gespannten Beziehungen wirft der Umstand, dass sich über erhebliche Zeiträume kein polnischer Botschafter in Belarus befand. Die Bewohner der an Polen angrenzenden belarussischen Gebiete leiden besonders, weil der Handel mit Polen für viele die einzige Einkommensquelle ist.

Im August 2007 verwehrten die belarussischen Behörden drei hochrangigen polnischen Funktionsträgern die Einreise. Es handelte sich um Donald Tusk, den stellvertretenden Vorsitzenden des Sejm (= Unterhaus des Parlaments), heute Ministerpräsident; den stellvertretenden Vorsitzenden des Senats (= Oberhaus des Parlaments) Krzysztof Putra; und um Michał Dworczyk, den Berater des Präsidenten der Republik Polen für Angelegenheiten der Polen im Ausland. Sie hätten in Hrodna an Feier-

lichkeiten zum Jahrestag der Schlacht von Warschau („Wunder an der Weichsel“)² teilnehmen wollen. Lukaschenka erklärte später wörtlich im belarussischen Fernsehen: „Den polnischen Politikern wurden in die Fresse gehauen. Und das war richtig so“. An dieser Stelle sollte man daran erinnern, dass große belarussische Staatsfirmen (wie z.B. aus dem Bereich der Petrochemie aus Mosyr) an der Warschauer Börse tätig werden möchten. Allerdings stellte sich die Frage, wie das angesichts solcher Aussagen möglich sein soll.

3. Zur gegenwärtigen Situation in Belarus

Lukaschenka entschied die Präsidentenwahl am 19. März 2006 erwartungsgemäß mit 82,6% der Stimmen für sich. Er und die von ihm gesteuerten Behörden hatten allerdings zur Herbeiführung dieses Ergebnisses zu repressiven und undemokratischen Maßnahmen gegriffen. Dazu zählten rechtliche und administrative Regeln und Mittel, welche die Handlungsfreiheit der Bürger, Bürgerrechte und Meinungsfreiheit (weiter) einschränkten; Einschüchterungsmaßnahmen des Geheimdienstes KGB; und massive Propaganda der staatlich kontrollierten Medien. Somit verschärfte Lukaschenka seine Diktatur und sein Repressionsystem im Gefolge der Präsidentenwahl noch. Er schweißte seine politische Elite weiter zusammen und marginalisierte die Opposition weitgehend. Vor allem aber verlängerte er seine Herrschaft um (zumindest) weitere fünf Jahre, d.h. bis zum Jahr 2011.

Eine Demokratisierung von Belarus scheint in kurz- und mittelfristiger Perspektive nicht möglich. Die demokratische Opposition und die Strukturen der Bürgergesellschaft sind an den Rand gedrängt und können praktisch keinen Einfluss auf die Lage im Land ausüben. Die belarussischen Bürger sind eher passiv; die Mehrheit hat sich mit den Verhältnissen abgefunden. Deswegen sollte man in nächster Zeit keine Zunahme sozialer Spannungen erwarten, die zu spürbaren Veränderungen in der Politik führen könnten. Die belarussischen Regierungseliten wiederum

² In dieser Schlacht im Jahre 1920 konnten die Polen die nach Westen vorstoßende Rote Armee Sowjetrusslands stoppen.

zeigen kein Interesse daran, etwas an der Situation im Land zu verändern. Somit ist derzeit keine Kraft zu sehen, die irgendwelche Reformen (von einem Umsturz ganz zu schweigen) einleiten könnte. Die Politik westlicher Länder, die sich an die belarussischen Bürger richtet und zum Ziel hat, ihre Denkweise zu verändern und zu Reformen anzuregen, kann vielleicht in langfristiger Perspektive (acht bis zehn Jahre) Früchte tragen. Lukaschenka macht keine Anstalten, die ihm von der EU unterbreiteten Vorschläge – Unterstützung und Vertiefung der Zusammenarbeit mit Brüssel im Austausch für eine politische Liberalisierung – anzunehmen. Sie würden nämlich im Widerspruch zu seinem politischen Hauptziel, der Erhaltung seines Machtmonopols in Belarus, stehen.

Ein potenzieller Faktor der Veränderung in Belarus ist jedoch die Haltung Russlands. Die mit Moskau geführten Kontroversen um energie- und wirtschaftspolitische Fragen³ könnten die Stellung Lukaschenkas schrittweise schwächen. Seine Strategie, die Verwirklichung russischer Forderungen hinauszuzögern oder überhaupt zu hintertreiben, scheint immer weniger zu wirken, denn in Russland, das immer noch die Initiative in den Beziehungen zwischen Moskau und Minsk hat, steigen Druck und Entschlossenheit. Russland kann die ökonomische Unterstützung für Belarus einschränken, was dort unweigerlich zu einer Verschlechterung der sozialen Lage führen würde. Daher ist es wahrscheinlich, dass sich Lukaschenka allmählich zur Erfüllung Moskauer Forderungen bereit finden wird müssen. Die Folge wäre vermutlich eine weitere Einschränkung der Eigenständigkeit Belarus' zugunsten Russlands. Lukaschenka könnte theoretisch auf ökonomischen Druck aus Moskau auch mit Privatisierungsschritten in der Volkswirtschaft sowie einer politischen Liberalisierung und Öffnung des Landes zum westlichen Ausland reagieren. Erheblich wahrscheinlicher sind aber (weitere) belarussische Anpassungen an das politische und ökonomische System Russlands. Damit aber wäre eine Demokratisierung Belarus' weiter aufgeschoben.

Die bisherigen Bemühungen von EU und USA sind erfolglos geblieben – die Situation in Belarus hat sich nicht verbessert. Ohne die Unterstützung westlicher Länder wäre aber die Existenz der demokratischen Op-

³ Vgl. dazu den Beitrag v. Martin Malek in vorliegender Broschüre (und v.a. Kap. 3).

position, unabhängiger NGOs und einiger weniger unabhängiger Presseorgane an sich gefährdet. Die am undemokratischen Regime Lukaschenkas geübte Kritik aus dem Ausland und die – bisher in erster Linie symbolischen – Strafmaßnahmen gegen dieses haben in Minsk bisher kaum Eindruck gemacht. Man kann nur hoffen, dass sie die belarussischen Behörden zumindest vor weiteren Repressionen gegen die Opposition abhalten.

4. Der zweite Kongress der „Vereinigten Demokratischen Kräfte“

Dieser Kongress, der im Mai 2007 stattfand, bestätigte die tiefe Kluft innerhalb der demokratischen Opposition in Belarus. Diese wurzelt in persönlichen Antipathien zwischen verschiedenen Persönlichkeiten wie auch in unterschiedlichen Ansichten über die weitere Vorgangsweise gegenüber dem Regime. Der Kongress zeigte zudem einen Generationenkonflikt zwischen alten und jungen Aktivisten. Letztere lehnten einige der von dem Forum gefassten Beschlüsse (so über die neue Handlungstaktik der Opposition) ab. Aktivisten aus den Regionen wiederum beklagten sich über unfaire Vorgehensweisen bei der Kandidatenbestimmung für den Kongress und darüber, dass ihnen die Zentrale der Opposition in Minsk konkrete Handlungen aufzwingt. Der bisherige Oppositionsführer und ehemalige Präsidentschaftskandidat Alexander Milinkewitsch wurde entmachtet. Er erklärte, sich nun auf die Tätigkeit der „Bewegung für Freiheit“ konzentrieren zu wollen – wohl in der Hoffnung, dass sie eher handlungsfähig als die „Vereinigten Demokratischen Kräfte“ sein würde. Milinkewitsch dürfte versuchen, die Unzufriedenheit mit Beschlüssen des Kongresses der „Vereinigten Demokratischen Kräfte“ zur Popularisierung der eigenen Bewegung zu benützen. Auf dem Kongress konnten sich die Spitzenpolitiker der Partei der Kommunisten von Belarus⁴ und der Vereinigten Bürgerpartei mit einigen Ideen durchsetzen. Das spricht für eine Zunahme der Bedeutung dieser Parteien, die beim Widerstand gegen das Lukaschenka-Regime

⁴ Es handelt sich hier um die Lukaschenka-kritische der beiden kommunistischen Parteien des Landes.

eher auf engere Zusammenarbeit mit Russland als mit dem Westen setzen. Vermutlich hoffen sie auf die finanzielle Unterstützung einiger russischer Geschäftsleute.

Die auf dem Kongress durchgesetzte Idee eines „Dialoges“ mit den Behörden ist jedoch ein sehr zweifelhaftes Mittel, um die politischen Hauptziele der Opposition zu erreichen. Es ist unwahrscheinlich, dass das Lukaschenka-Regime irgendwelche Verhandlungen mit zerstrittenen demokratischen Kreisen für nötig hält.

5. Konferenzen in Warschau mit Teilnahme belarussischer Oppositionspolitiker

In Warschau finden von Zeit zu Zeit verschiedene Konferenzen zur Lage in Belarus statt. Sie stoßen regelmäßig auf den Widerwillen des offiziellen Minsk, da viele Teilnehmer keine Kritik an Lukaschenkas Regime scheuen. Das belastet aus der Sicht Lukaschenkas die Beziehungen zu Polen zusätzlich. In Minsk hält man an der Ansicht fest, dass Warschau nur ein Ziel verfolgt – den Sturz Lukaschenkas, und zwar so schnell wie möglich.

Ich hatte die Gelegenheit, solchen Zusammenkünften beizuwohnen. Die internationale Veranstaltung „Aussichten auf Demokratie in Belarus“ fand in Warschau am 10. November 2006 statt. An ihr nahmen drei prominente belarussische Vertreter teil, nämlich der erwähnte Milinkewitsch, seine Frau Inna Kulej, die als Aktivistin des Komitees „Salidarnasć“ für die Verteidigung politisch Verfolgter vorgestellt wurde, und Andrej Sannikau, ehemals stellvertretender Außenminister von Belarus und nun internationaler Koordinator der oppositionellen Bürgerinitiative „Charta 97“. Die zur Debatte stehenden Fragen lauteten: Wie sollen der EU angehörende sowie nordamerikanische Staaten gegenüber dem Regime in Minsk handeln? Welche demokratischen Initiativen und Hilfsprogramme sollten für die isolierteste und schwierigste Gesellschaft in unmittelbarer Nähe der EU unternommen werden? Welche außenpolitischen Maßnahmen sollten demokratische Länder ergreifen, um in Belarus eine Entwicklung in Richtung Demokratie zu unterstützen?

Milinkewitsch erklärte wörtlich:

„Die Belarussen sind voller Hoffnung im Hinblick auf die Zukunft ihres Landes. In der Woche, die auf die Farce der sogenannten Präsidentenwahlen am 19. März 2006 folgte, richteten Tausende einfache belarussische Bürger, die die vereisten Straßen von Minsk füllten, eine Botschaft nicht nur an das belarussische Regime, sondern auch an das ganze Land und die ganze Welt. Diese Botschaft lautet folgendermaßen: ‚Wir tolerieren keine Lügen! Wir wollen frei sein! Wir haben keine Angst mehr!‘ Belarus wird nicht mehr das gleiche Land sein wie vor den Präsidentenwahlen im März. Es wurde ein Prozess in Gang gesetzt, der nicht zu vergessen und nicht zu stoppen ist. Die belarussische Opposition weiß derzeit nicht, wann der Sieg kommt, aber er kommt bestimmt in nächster Zukunft“.

Kulej sagte:

„Im März 2006 und danach hätten wir siegen können, falls sich uns Arbeiter und Studenten in größerem Ausmaß angeschlossen hätten. Doch das war nicht der Fall. Nichtsdestotrotz entstand in Belarus ein [zu den Behörden, H.M.] alternatives politisches Zentrum. Die Opposition sollte folgende Handlungsrichtungen einschlagen: eine Informationskampagne für die Gesellschaft mit der Hilfe der Massenmedien; eine Solidaritätskampagne, die politisch Verfolgten Unterstützung zusichert und die Furcht aus der Gesellschaft vertreibt; Diskretisierung des gegenwärtigen Regimes in Belarus“.

Sannikau meinte in seiner Stellungnahme, dass die Opposition auf eine lange Auseinandersetzung mit Lukaschenkas Regime gefasst sein sollte. Er betonte, dass viele Menschen auf der ganzen Welt enttäuscht seien, weil derzeit in Belarus nichts geschehe. Ihm schein auch, dass sich „Europa“ zu Belarus nicht mehr äußere.

Von einer „langen Auseinandersetzung“ mit Lukaschenka sprach auch Paznjak, der früher durch geradezu revolutionäre Auffassungen von sich reden gemacht hatte, in einer Rede an der Warschauer Universität am 9. März 2007. Wörtlich erklärte er: „In historischer Perspektive sehe ich heute keine Möglichkeit, die gegenwärtige Situation in Russland oder in Belarus zu ändern. Die heutige Situation ähnelt in gewissem Sinne den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts: damals glaubte niemand an eine kommunistische Gefahr, obwohl die Sowjetunion die Hungersnot der Jahre 1932-33 in der Ukraine und später auch die ‚Entfernung‘ der polnischen Sympathien verdächtigten belarussischen Intelligenz erlebt hatte“. Weiters bezeichnete Paznjak „Idee und Kraft“ als Fundamente

der Aktivitäten der „wahren“ belarussischen Opposition, wobei bisher lediglich erstere vorhanden sei. Die Nation müsse aufgeklärt werden; so solle man die Belarussen überreden, Belarussisch zu sprechen. Das bedürfe aber harter Arbeit über Jahrzehnte hinweg.